

Bericht an den Gemeinderat

GZ: A 10/8 – 024688/2017/0015

Betreff: Mobilitätsvertrag zum Bebauungsplan 06.25.1 Schönaugürtel - Neuholdaugasse

Ausgangslage

Die Projektbetreiberin des Projektes am Schönaugürtel 20, die SG 20 Projektentwicklungs GmbH & Co KG ist an die Abteilung für Verkehrsplanung und das Stadtplanungsamt herangetreten, um eine weitere Reduktion des Kfz-Stellplatzschlüssels auf Grund einer Nutzungsänderung in studentisches Wohnen zu erhalten. Für das Projekt wurde bereits 2018 ein Mobilitätsvertrag abgeschlossen. Auf Grundlage der Nutzungsänderung von ursprünglich Wohnen, Heimplätzen und Gewerbe zu nun zur Gänze Heimplätze, spricht seitens der Abteilung für Verkehrsplanung nichts gegen einen weiter reduzierten -Stellplatzschlüssel. Voraussetzung für die weitere Verringerung des Kfz-Stellplatzschlüssels ist der Abschluss eines Mobilitätsvertrages mit der Stadt Graz, der das volle Maßnahmenpaket, insbesondere an die Bedürfnisse von Studierenden angepasst, vorzusehen hat.

Durch die gute Lage zum öffentlichen Verkehr sowie auf Grund der allgemeinen Rahmenbedingungen wie der guten Anbindung an das Radnetz und die Nähe zu den Hochschulen ist diese Vorgehensweise sinnvoll und führt zudem zu einer geringeren künftigen Kfz-Verkehrsbelastung aus den Flächen des Bebauungsplangebietes.

Durch den Mobilitätsvertrag sollen die zukünftigen NutzerInnen Unterstützung und Informationen für ihre autoreduzierte Mobilität erhalten und ihnen von Beginn an nähergebracht werden, welche Alternativen zur Autonutzung es in ihrer neuen Wohnumgebung gibt.

In der Beschlussfassung des Bebauungsplanes 06.25.1 wird daher der Pkw-Stellplatzschlüssel als Ober- und Untergrenze für 1 Pkw-Stellplatz je 10 Betten für studentisches Wohnen abgeändert. Der bisherige Pkw-Stellplatzschlüssel für den gültigen BPL 06.25.0 beträgt je 60 – 70 m² Wohnnutzfläche ein Pkw-Abstellplatz.

Inhalt des Mobilitätsvertrages

Die seitens der Projektbetreiberin durchzuführenden und zu finanzierenden Maßnahmen des Vertrages sind in Kapitel III im Vertrag angeführt. Die im bereits bestehenden Vertrag vereinbarten Angebote, wie die Zuzahlung zu ÖV-Jahreskarten, der Organisation von Fahrradservicetagen, Installation und Betrieb von ÖV-Abfahrtsmonitoren, lieferdienstunabhängige Paketboxen, E-Lademöglichkeiten, Fahrradservicestationen und der Mobilitätsberatung durch ein Infopaket wurden an die Nutzung des studentischen Wohnens in Ausmaß

und Abwicklung angepasst. Ebenso erfolgte eine zeitgemäße Formulierung für die zweckgebundene Zuzahlung an die Stadt Graz durch die Projektbetreiberin für die Implementierung von Carsharing im Zuge der Vertragsänderung. Sämtliche Maßnahmen sind durch die Projektbetreiberin den Bewohnerinnen und Bewohnern kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund des vorstehenden Berichtes stellt der Ausschuss für Verkehr gemäß dem Statut der Landeshauptstadt Graz den

A N T R A G

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Dem in der Beilage befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.

Der Bearbeiterin:

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Gabriele Herzog, BSc
elektronisch unterschrieben

Der Abteilungsvorstand:

Dipl.-Ing. Wolfgang Feigl
elektronisch unterschrieben

Der Baudirektor:

Dipl.-Ing. Mag. Bertram Werle
elektronisch unterschrieben

Die Stadträtin:

Elke Kahr
elektronisch unterschrieben

Anlagen:

Mobilitätsvertrag Schönaugürtel 20 zum Bebauungsplan 06.25.1
abgeschlossen zwischen den ProjektwerberInnen SG 20 Projektentwicklungs GmbH & Co KG beim
Bebauungsplan 06.25.1 und der Stadt Graz

Vorberaten und einstimmig/mehrheitlich/mit _____ Stimmen angenommen/abgelehnt/
unterbrochen in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr
am _____

Der/Die SchriftführerIn:

Der/Die Vorsitzende:

Abänderungs-/Zusatzantrag:

Der Antrag wurde in der heutigen		<input checked="" type="checkbox"/> öffentlichen	<input type="checkbox"/> nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen			
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit Stimmen / Gegenstimmen) angenommen.		
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt			
Graz, am <u>29.4.21</u>		Der/die SchriftführerIn:	
			

	Signiert von	Herzog Gabriele
	Zertifikat	CN=Herzog Gabriele,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2021-04-16T10:11:56+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: https://sign.app.graz.at/signature-verification verifiziert werden.

	Signiert von	Feigl Wolfgang
	Zertifikat	CN=Feigl Wolfgang,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2021-04-16T11:02:22+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: https://sign.app.graz.at/signature-verification verifiziert werden.

	Signiert von	Werle Bertram
	Zertifikat	CN=Werle Bertram,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2021-04-16T13:35:17+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: https://sign.app.graz.at/signature-verification verifiziert werden.

	Signiert von	Kahr Elke
	Zertifikat	CN=Kahr Elke,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2021-04-21T13:31:00+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: https://sign.app.graz.at/signature-verification verifiziert werden.

Stand: 02.03.2021

Mobilitätsvertrag Schönaugürtel 20 zum 06.25.1 Bebauungsplan

abgeschlossen zwischen den Vertragsparteien:

SG 20 Projektentwicklungs GmbH & Co KG

FN: 462460 p

Brückenkopfgasse 1

8020 Graz

(im Folgenden „die Projektbetreiberin“ genannt)

einerseits

und

Stadt Graz,

Hauptplatz 1, 8010 Graz

(im Folgenden „Stadt Graz“ genannt)

andererseits

wie folgt:

I Präambel

Das Projekt Schönaugürtel 20 im Gebiet des Bebauungsplanes 06.25.1 Schönaugürtel-Neuholdaugasse wird von allen VertragspartnerInnen unterstützt im Sinne der Bereitstellung von Wohn- und / oder Arbeitsraum in Verbindung mit einem nachhaltigen Mobilitätskonzept zur Reduktion des MIV¹-Anteils, Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (zu Fuß, Fahrrad, ÖV²) und Einschränkungen für den Kfz-Verkehr. Zur Gewährleistung einer stadtverträglichen Entwicklung der neuen Nutzungen und ihres Umfelds ist es notwendig, dass der Einklang zwischen der Errichtung der zusätzlichen Nutzungen und den baulichen und betrieblichen Verkehrsmaßnahmen von vornherein sichergestellt ist. Die Vertragsparteien bekennen sich bei der Vollziehung der ihnen übertragenen Tätigkeiten zu der erarbeiteten Maßnahmenliste und werden im Sinne dieses Vertrages innerhalb ihres Wirkungsbereiches auch zukünftig keine Maßnahmen setzen, die der erfolgreichen Verwirklichung der Maßnahmen entgegenstehen.

Dies zugrunde gelegt schließen die Projektbetreiberin sowie die Stadt Graz folgenden Vertrag:

II Grundlagen

1. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ist die SG 20 Projektentwicklungs GmbH & Co KG bereits grundbücherliche Eigentümerin des Gst. Nr. 863, EZ 1543, KG 63106 Jakomini. Der Gültigkeitsbereich des 06.25.1 Bebauungsplans umfasst die Fläche des Gst. Nr. 863, EZ 1543, KG 63106 Jakomini, mit einer Gesamtfläche von insgesamt 5618 m² als Planungsgebiet. Dieses Planungsgebiet ist das Projektgebiet.
2. Für das im Projektgebiet liegende Bauland ist eine Bebauung iSd 06.25.1 Bebauungsplans mit
 - max. 11227 m² Bruttogeschossfläche

beabsichtigt.

Aus Interessen des öffentlichen Verkehrs, der Ortsplanung sowie eines vorhandenen Verkehrskonzeptes kann nach Maßgabe des § 89 Abs 4 Stmk BauG die Zahl der Abstellplätze für das Projektgebiet abweichend zu § 89 Abs 3 Stmk BauG festgelegt werden. Bis zur Erlassung einer solchen Verordnung hat die Behörde Ausnahmen von der Verpflichtung nach Abs 3 zuzulassen,

¹ Motorisierter Individualverkehr (Verkehr mit Pkw, Kombi, Motorrad, Moped, Lieferwagen und Lkw).

² Gesamtsystem Öffentlicher Verkehr (Taxi, Busse im Linienbetrieb, Straßenbahnverkehr inkl. Haltestellen, Park-and-Ride Anlagen, etc.).

sofern sie nach der Lage der Anlage oder dem Erschließungsgrad mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Entfernung zu Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs oder zu Kinderbetreuungseinrichtungen gerechtfertigt ist.

Festgehalten wird, dass weder eine zukünftige Verordnung über die Zahl der Abstellplätze noch die Erlassung des Bebauungsplanes durch Verordnung des Gemeinderats eine Leistung aufgrund des gegenständlichen Vertrags ist. Mit diesem Vertrag wird kein Rechtsanspruch der Projektbetreiberin bzw. Grundeigentümerin oder deren RechtsnachfolgerInnen auf Verordnungserlassung begründet. Mit diesem Vertrag sollen jedoch solche Mobilitätsmaßnahmen vereinbart werden, welche die Voraussetzungen für die Festlegung einer gegenüber § 89 Abs 3 Stmk BauG reduzierten Zahl der Abstellplätze durch Reduktion des MIV-Anteils bei gleichzeitiger Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (zu Fuß, Fahrrad, ÖV), Reduktion des Kfz-Verkehrsaufkommens und Gewährleistung einer stadtverträglichen Entwicklung der neuen Nutzungen und ihres Umfelds schaffen. Die Erlassung der Verordnung über den Bebauungsplan ist Bedingung für die Rechtswirksamkeit des Vertrages.

III Maßnahmen

Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Umsetzung nachstehender Maßnahmen in Entsprechung der Vorgaben des 06.25.1 BBPI und trägt alle für die Planung, Organisation und Umsetzung der Maßnahmen erforderlichen Kosten:

1. Maßnahmenpaket Fußverkehr:

- a) Die Projektbetreiberin hat die Vorgaben des BBPI 06.25.1 Schönaugürtel-Neuholdaugasse, hinsichtlich der Maßnahmen für den FußgängerInnenverkehr gemäß der Vereinbarung GZ A 8/4 – 039373/2018 umzusetzen.

2. Maßnahmenpaket Radverkehr:

- a) Die Projektbetreiberin hat die Vorgaben des BBPI 06.25.1 Schönaugürtel-Neuholdaugasse, hinsichtlich der Maßnahmen für den Radverkehr gemäß der Vereinbarung GZ A 8/4 – 039373/2018 umzusetzen.
- b) Die Projektbetreiberin errichtet die im 06.25.1 Bebauungsplan vorgesehenen Zahl der Fahrradabstellplätze gemäß den Vorgaben im Bebauungsplan.

Die Situierung der **Fahrradabstellplätze** hat einfach erreichbar (nahe bei den Zu- und Ausgängen), abschließbar und witterungsgeschützt zu erfolgen. Die Fahrradabstellplätze müssen felgenschonend zum standsichern Abstellen und zum Ansperrern des Fahrradrahmens sein, fahrend zu erreichen sein, Stufen, Absätze, enge Zufahrtswege sind zu vermeiden; eine Ausnahme von der fahrenden Erreichbarkeit ist zulässig, wenn eine einfache Erreichbarkeit durch barrierefreies Schieben gewährleistet ist. Ausreichend dimensionierte Stellplätze für Lastenräder und Fahrradanhänger in ausreichender Zahl müssen vorgesehen sein. Je Fahrradabstellplatz ist eine Breite von mindestens 0,7m vorzusehen, wobei bei einer versetzten Aufstellung die Breite auf 0,5m reduziert werden kann. Die Fahrgassenbreite hat mindestens 1,80m zu betragen. Fahrradabstellanlagen können mit doppelstöckigen Fahrradabstellplätzen ausgeführt werden, wobei doppelstöckige Fahrradabstellplätze vom Flächenbedarf her so zu behandeln sind wie einstöckige Fahrradabstellplätze.

- c) Die Projektbetreiberin stellt sicher, dass für mindestens 3 Jahre ab Bezug der ersten Wohn- oder betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektgebiet pro Jahr zwei **Fahrradserviceaktionen** für die BewohnerInnen des Projektgebietes stattfinden (z.B. am Frühlingsbeginn und am Herbstbeginn). Bei den Fahrradserviceaktionen sind eine kostenlose Kontrolle sowie ein kleines Service für Fahrräder (entsprechend Fahrrad-VO und StVO-Kontrolle) anzubieten. Kosten für Reparaturen und Ersatzteile sind von den FahrradeigentümernInnen selbst zu tragen. Jede Fahrradserviceaktion für das Projektgebiet muss Kapazitäten für eine 10% der im BBPL vorgeschriebenen Fahrradabstellplätze entsprechende Anzahl an Fahrrädern vorsehen.
- d) Im Projektgebiet wird je angefangene 200 Fahrradabstellplätze (bezogen auf die rechnerisch mindestens erforderlichen Fahrradabstellplätze lt. Punkt 2 b) eine **Fahrradservicestation** (Serviceschrank oder Servicestation) eingerichtet und entsprechend gewartet. Die Fahrradservicestation hat für Fahrradreparaturen geeignetes Werkzeug sowie einen Kompressor mit Ventiladapter zu enthalten. Jede Station hat gut zugänglich und überdacht zu sein.

3. Maßnahmenpaket KFZ-Verkehr:

- a) Zur **KFZ-Verkehrerschließung** wird von der Projektbetreiberin die im Bebauungsplan vorgesehene Zufahrt in Abstimmung mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung errichtet bzw. adaptiert.

4. Maßnahmenpaket E-Mobilität:

Die Projektbetreiberin bekennt sich dazu, im Planungsgebiet **zeitgemäße Infrastrukturerfordernisse für E-Mobilität bereit zu stellen**. Die Vertragsparteien erklären sich bereit, Rahmenbedingungen und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten gemeinsam zu evaluieren und zu entwickeln. Die Realisierung der Maßnahmen hat nach dem Stand der Technik zu erfolgen und ist vor der Planung bzw. Umsetzung mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, abzustimmen. Folgende Maßnahmen sind von der Projektbetreiberin aber jedenfalls umzusetzen:

- a) Auf den **BesucherInnen- und/oder KundInnenstellplätzen** sind **öffentlich zugängliche Ladesäulen für E-Mobilität** zu errichten und zwar
- für bis zu 10 BesucherInnen- und/oder KundInnen Pkw-Stellplätzen 1 Ladesäule,
 - ab dem 11. für bis zu 20 BesucherInnen- und/oder KundInnen Pkw-Stellplätzen 1 weitere Ladesäule und
 - ab dem 21. jeweils für 20 weitere BesucherInnen- und/oder KundInnen Pkw-Stellplätze 1 weitere Ladesäule.

Von der Projektbetreiberin müssen alle Vorkehrungen getroffen werden, damit Ladesäulen mit mind. 11 kW Anschlussleistung je Ladepunkt realisiert werden. Die Ladesäulen sind so auszustatten, dass Laden entsprechend dem aktuellen Stand der Technik³ ermöglicht wird.

Darüber hinaus ist für die BesucherInnen- und/oder KundInnenstellplätze eine **entsprechende Leerverrohrung** herzustellen, dass dort **zukünftig** bei Bedarf **sämtliche Stellplätze mit einer Ladeinfrastruktur** ausgestattet werden können.

- b) Bei allen **Motorrad-/Mopedabstellplätzen** sind Lademöglichkeiten für Elektromopeds- und Elektromotorräder vorzusehen. Die Anzahl dieser Lademöglichkeiten ist mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, abzustimmen.
- c) Für **alle Stellplätze** ist die **zukünftige E-Lademöglichkeit für PKW, Moped und Fahrräder** vorzusehen und zu berücksichtigen. Es sind alle erforderlichen baulichen Voraussetzungen (Durchbrüche und Leerverrohrungen oder Kabeltrassen zu den Parkebenen und den

³ Es gelten im Allgemeinen die Richtlinien 2014/94/EU für die Errichtung der Ladeinfrastruktur.

verschiedenen Stellplatzbereichen) zu schaffen, damit auf Wunsch einzelner BewohnerInnen/NutzerInnen mit geringem Aufwand eine nachträgliche Elektroversorgung und Zählermontage für alle Stellplätze vorgesehen werden kann.

5. Maßnahmenpaket Carsharing:

- a) Die Vertragsparteien bekennen sich zur Implementierung eines allgemein zugänglichen **Carsharing-Systems** durch die Stadt Graz bzw. einen von der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, beauftragten Carsharing-Betreiber (oder ähnliches System) mit dem Ziel, dass für mindestens 2 Jahre ab Bezug der ersten Wohneinheit bzw. betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit ein Carsharing-System für das Projektgebiet angeboten wird. Dabei sind 2 Carsharing-Fahrzeuge für 2 Jahre zu betreiben.
- b) Für das Carsharing-System sind von der Projektbetreiberin im Projektgebiet **2 reservierte Stellplätze** dauerhaft und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Sind oberirdische PKW-Abstellplätze vorhanden, sind die Carsharing Stellplätze oberirdisch und im Projektgebiet dort zu situieren, wo sie laut Bebauungsplan zulässig sind. Die Stellplätze müssen den Ansprüchen des Carsharings genügen, mit der vom Carsharing BetreiberInnen benötigten (bau-) technischen Infrastruktur ausgestattet, gut und sicher zugänglich und beleuchtet sein.
- c) Die Projektbetreiberin verpflichtet sich für die Implementierung des Carsharing-Systems einen zweckgebundenen **Beitrag** an die Stadt Graz (Abteilung für Verkehrsplanung) zu bezahlen. Der derzeitige Kostenpunkt für ein Carsharing-Fahrzeug für 2 Jahre beträgt ca. € 24.500,- In diesem Betrag sind auch Umsatzsteuerbeträge aus Vorleistungen enthalten, für die die Stadt Graz nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist und diese damit Teil der Kalkulationsbasis werden. Bedingt durch Marktvariablen kann der oben genannte Betrag bis zur Umsetzung abweichen, daher werden die tatsächlichen Entstehungskosten, die erst bei Abschluss des Carsharing-Vertrages feststehen, weiterverrechnet. Alle Beträge in diesem Vertrag verstehen sich exklusive etwaiger gesetzlicher Umsatzsteuer.

Ein Rechtsanspruch auf den Betrieb des Carsharing-Systems durch die Stadt Graz besteht nicht.

Wenn eine Einbindung in ein übergeordnetes Gesamtsystem sichergestellt ist, kann die Projektbetreiberin die Organisation und Umsetzung des Carsharing-Systems (2 Fahrzeuge für zwei Jahre) auch selbst vornehmen. Über die Durchführung dieser Alternativmöglichkeit muss vor Baubeginn der ersten Wohn- oder betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektgebiet das Einvernehmen mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung

hergestellt werden, andernfalls ist von der Projektbetreiberin die zweckgebundene Pauschalsumme zu entrichten.

6. Maßnahmenpaket Mobilitätsmanagement:

- a) Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Erstellung eines **Infolders** für das Projektgebiet, der die zukünftigen NutzerInnen über das **spezielle Mobilitätsangebot im Projektgebiet** informiert. Die Erstellung erfolgt in Abstimmung mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung. Dieser Infolder ist potenziellen oder künftigen WohnungsmieterInnen/WohnungskäuferInnen zur Vorinformation bzw. beim Abschluss des Miet- bzw. Kaufvertrages zu übergeben und im Projektgebiet Beschäftigten sowie anderen NutzerInnen zur Verfügung zu stellen; dies ist auch in zeitgemäßer digitaler Form möglich.
- b) Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Organisation und Durchführung einer **professionellen Mobilitätsberatung** für das Projektgebiet gemäß dem Konzept in Anlage ./1 - Konzept für die professionelle Mobilitätsberatung Bebauungsplan 06.25.1. Die professionelle Mobilitätsberatung beinhaltet:

(A) Erste Mobilitätsberatung: Bei Erstbezug jeder Wohnung ~~und/oder~~ betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektgebiet ist eine umfassende Information und Erstberatung der Käufer, Mieter und Beschäftigten durch Übergabe eines Basis-Informationspakets zur Mobilität in Graz vorzunehmen.

(B) Dialogmarketing: Ca. 3 bis 6 Monate nach Erstbezug wird mittels persönlicher Kontaktaufnahme eine weiterführende Beratung für jeden Haushalt und jede betrieblich/gewerbliche Nutzungseinheit im Projektgebiet durchgeführt. Für das studentische Wohnen können auch durch von der BetreiberIn des Studentenwohnheimes veranstaltete Versammlungen zu Semesterbeginn für die Mobilitätsberatung genutzt werden.

(C) Beratung durch die Mobilitätszentrale: Für jeden weiteren Beratungsbedarf wird auf das Angebot der Mobilitätszentrale des Verkehrsverbundes verwiesen.

7. Maßnahmenpaket Öffentlicher Verkehr

- a) Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Bereitstellung von zumindest einer **ausschließlich im Haushaltsgefüge** (max. 5 Personen) **übertragbaren Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr**, Zone 101, für den ErstmieterIn/ErstkäuferIn einer Wohneinheit im Projektgebiet,

wobei dafür vom ErstmietlerIn/ErstkäuferIn ein Selbstbehalt von max. 10% eingehoben werden darf. Sollte dieses haushaltsbezogene Produkt („**ÖV Jahreskarte mit eingeschränkter Übertragbarkeit**“) zum Zeitpunkt der Vertragsumsetzung nicht (mehr) erhältlich sein, wird im Einvernehmen mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, ein gleichwertiges Alternativprodukt festgelegt. Für das geplante Studentenwohnheim muss für mindestens 1/3 der ErstbewohnerInnen eine Jahreskarte zur Verfügung gestellt werden. Eine Abweichung von der oben angeführten übertragbaren Jahreskarte ist im Einzelfall in Absprache mit der A10/8 möglich.

- b) Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Errichtung einer **elektronischen Anzeige für die Abfahrtszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel** und Fahrgastinformation (online) der nächstgelegenen Haltestelle(n) beim Hauptausgang eines jeden Gebäudes im Projektgebiet, damit die ÖV-Fahrgastinformation bereits in den Gebäuden durchgeführt werden kann. Voraussetzung ist die Bereitstellung der Daten durch zuständige Stellen (z.B. Verkehrsverbund). Die elektronische Anzeige (Monitor) kann auch für andere Nutzungen zur Verfügung stehen (z.B. Informationsplattform für Hausverwaltung), wenn eine dauerhafte Sichtbarkeit der ÖV-Abfahrtszeiten sichergestellt ist.

8. Maßnahmenpaket Zustelldienste

Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Errichtung von **Paketboxen**, die von allen ZustellerInnen genutzt werden können, zentral in der Siedlung, um die Zustell- und Abholwege für Pakete zu minimieren. Je angefangene 1.500 m² Nutzfläche ist mindestens eine Paketbox zu errichten.

IV Evaluierung der Maßnahmen

1. Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur umfassenden Evaluierung der Maßnahmen des Mobilitätsvertrages sowie Information der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, über deren Umsetzung durch **Erstellung von Evaluierungsberichten** gemäß der beiliegenden Evaluierungsrichtlinie zum Mobilitätsvertrag, Anlage ./2:
- a) Ein Jahr nach Bezug der ersten Wohneinheit bzw. betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektbetrieb ist von der Projektbetreiberin ein **erster Evaluierungsbericht** gemäß der Evaluierungsrichtlinie zu erstellen. Dieser Bericht ist bis längstens 31.3. des Folgejahres der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, vorzulegen.

- b) Für Maßnahmen, die bei Übermittlung des ersten Evaluierungsberichtes noch nicht umgesetzt worden sind, ist über Verlangen der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, eine **Ergänzung des Evaluierungsberichts** laut Evaluierungsrichtlinie binnen drei Monaten vorzulegen.
- c) Zur Überprüfung des laufenden Betriebes der Maßnahmen kann die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, sechs Jahre ab Bezug der ersten Wohneinheit bzw. betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektbetrieb die Vorlage von bis zu drei **weiteren Evaluierungsberichten** laut Evaluierungsrichtlinie verlangen. Die Projektbetreiberin hat diese Evaluierungsberichte innerhalb von 3 Monaten vorzulegen.
2. Aufgrund der Ergebnisse eines Evaluierungsberichtes können von der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, und der Projektbetreiberin **Anpassungen der Maßnahmen** einvernehmlich vereinbart werden. Die grundsätzliche Kosten- und Verantwortlichkeitszuordnung folgt dabei den Festlegungen in diesem Vertrag.
3. Nach Vorlage eines Evaluierungsberichtes kann die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, die darin angeführten Maßnahmen **überprüfen** und dafür die Vorlage ergänzender Informationen und Unterlagen (z.B. zur Anzahl der BewohnerInnen etc.) sowie Zugang zu den in diesem Mobilitätsvertrag beschriebenen Anlagen verlangen.

V Kontakt und Information

1. Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur Bekanntgabe einer **Ansprechperson für die Mobilitätsmaßnahmen** im Projektgebiet, deren Umsetzung und Evaluierung an die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung. Die Bekanntgabe muss rechtzeitig vor Erstbezug der ersten Wohneinheit bzw. betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektgebiet geschehen.
2. Die Projektbetreiberin verpflichtet sich zur umfassenden **Information aller Hausverwaltungen** über die Mobilitätsmaßnahmen, das Konzept der Mobilitätsberatung und die Evaluierung sowie zur Bekanntmachung der relevanten Inhalte aus diesem Mobilitätsvertrag gegenüber den **zukünftigen MieterInnen bzw. KäuferInnen** der Wohnungen als Teil des Mietvertrages bzw. Kaufvertrages.

VI Bedingung

Die Verpflichtung der Projektbetreiberin zur Maßnahmenumsetzung gemäß diesem Vertrag ist aufschiebend bedingt mit der Erlassung der Verordnung über den Bebauungsplan.

VII Rechtsnachfolge

1. Die Projektbetreiberin verpflichtet sich, diesen Vertrag schriftlich mit allen Rechten und Pflichten (einschließlich dieser Überbindungsverpflichtung) auf ihre jeweiligen RechtsnachfolgerInnen im Allein- oder Miteigentum des Projektgebiets oder Teilen davon und auf sämtliche Berechtigte aus einer obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung zur Bauführung auf dem Projektgebiet zu überbinden; dies mit der Verpflichtung, dass auch die (weiteren) RechtsnachfolgerInnen diesen Vertrag mit allen Rechten und Pflichten (einschließlich dieser Überbindungsverpflichtung) auf ihre RechtsnachfolgerInnen im Allein- oder Miteigentum des Projektgebiets oder Teilen davon und auf sämtliche Berechtigte aus einer obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung zur Bauführung auf dem Projektgebiet schriftlich überbinden.
2. Dieser Vertrag betrifft Mobilitätsmaßnahmen für die gewollte Entwicklung des Projektgebiets und soll daher die Projektbetreiberin im Projektgebiet als (zukünftige) Projektentwicklerin bzw. Bauträgerin binden. Spätere WohnungseigentümerInnen im (entwickelten) Projektgebiet gelten demgemäß nicht als primäre Adressaten der vertragsgegenständlichen Pflichten; die Realisierbarkeit bzw. Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen muss dessen ungeachtet aber dauerhaft sichergestellt sein. Die Überbindungspflicht gilt daher nicht für solche RechtsnachfolgerInnen, die ihre dingliche Berechtigung in Form von Wohnungseigentum bzw. dem Anwartschaftsrecht auf Begründung von Wohnungseigentum an den bereits entwickelten Projekten begründen. Ausdrücklich festgehalten wird aber, dass die Pflicht der Projektbetreiberin bzw. deren RechtsnachfolgerInnen im Grundeigentum bzw. als Berechtigte aus einer sonstigen obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung zur Erfüllung allfälliger bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht (ordnungsgemäß) erfüllter Vertragspunkte ungeachtet der Begründung von Wohnungseigentum fortbesteht und in diesem Fall die (bisherigen) Grundeigentümerin bzw. Berechtigte (Projektentwicklerin/Bauträgerin) sowie die aus diesem Vertrag jeweils verpflichteten Vertragsparteien weiterhin trifft.

Bei der Begründung von Wohnungseigentum im Projektgebiet verpflichtet sich die Projektbetreiberin bzw. deren RechtsnachfolgerInnen im Grundeigentum bzw. als Berechtigte aus einer sonstigen obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung die ausschließliche und dauerhafte Nutzung von den erforderlichen Grund- bzw. Stellplatzflächen für E-Tankstellenplätze

und Car-Sharing gegenüber der Stadt Graz so sicherzustellen, dass die Flächen für die jeweilige Nutzung dauerhaft zur Verfügung stehen und die Maßnahmenrealisierung dauerhaft gewährleistet ist. Nach Wahl der Projektbetreiberin, Grundeigentümerin bzw. Berechtigten aus einer obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung zur Bauführung hat die Sicherstellung entweder durch Verbücherung der Nutzungsrechte jeweils im ersten Rang nach den zum Zeitpunkt dieses Vertragsabschlusses ersichtlichen Lasten im Lastenblatt der betreffenden Liegenschaft oder durch vertragliche Regelung in den Verträgen zur Begründung von Wohnungseigentum bzw. dem Anwartschaftsrecht auf Begründung von Wohnungseigentum und Berücksichtigung in den Parifizierungsgutachten so zu erfolgen, dass die ausschließliche Nutzung der erforderlichen Grund- bzw. Stellplatzflächen zur Maßnahmenrealisierung dauerhafte gesichert ist, auch bei allen weiteren Rechtsnachfolgen.

3. Wenn die Projektbetreiberin die Verpflichtungen aus diesem Vertrag an RechtsnachfolgerInnen im Allein- oder Miteigentum der zum Projektgebiet gehörenden Grundstücke und an sämtliche aus einer obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung zur Bauführung Berechtigte rechtswirksam überbunden und die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, davon verständigt hat, sodass die RechtsnachfolgerInnen und zur Bauführung Berechtigten für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag unmittelbar haften, wird die Projektbetreiberin von der Haftung für die Erfüllung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht (ordnungsgemäß) erfüllten Verpflichtungen aus diesem Vertrag entbunden. Lediglich wenn berechtigte Zweifel an der Bonität der RechtsnachfolgerInnen bestehen und diese von der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, innerhalb von höchstens 30 Tagen nach Erhalt der schriftlichen Verständigung der Projektbetreiberin schriftlich gegenüber dieser geltend gemacht und begründet wurden, haftet die Projektbetreiberin für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Vertrag solidarisch mit der RechtsnachfolgerIn.

VIII Sicherstellung

1. Für den Fall, dass die Pflichten aus diesem Vertrag trotz Setzung einer 8-wöchigen Nachfrist durch die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, nicht vereinbarungsgemäß erfüllt werden, verpflichtet sich die Projektbetreiberin der Stadt Graz eine Vertragsstrafe in Höhe von einmalig € 25.000,00 je Verstoß zu bezahlen. Die Bezahlung der Vertragsstrafe befreit nicht von der Erfüllung aller oder einzelner Pflichten aus diesem Vertrag; Ansprüche auf Ersatz weitergehender Schäden sowie auf Unterlassung künftigen verbotswidrigen Verhaltens bleiben davon unberührt.
2. Die Projektbetreiberin verpflichtet sich, sämtliche aus diesem Vertrag erwachsenden Pflichten für das Projektgebiet im Grundbuch ersichtlich zu machen, soweit dafür eine Verbücherungsfähigkeit

gegeben ist. Soweit einzelne Pflichten nicht verbüchert werden können, bleibt im Falle der Rechtsnachfolge bei Übertragung von Allein- oder Miteigentum des Projektgebiets oder Teilen davon sowie bei Einräumung einer obligatorischen und/oder dinglichen Berechtigung zur Bauführung auf dem Projektgebiet jedenfalls eine Ausfallhaftung der Rechtsvorgängerin für die Bezahlung der Vertragsstrafe bestehen, es sei denn, er wird durch Zustimmung der Stadt Graz von der Verpflichtung zur Bezahlung der Vertragsstrafe entbunden.

IX Schlussbestimmungen

1. Die Projektbetreiberin verzichtet für sich und alle RechtsnachfolgerInnen im Allein- oder Miteigentum des Projektgebiets oder Teilen davon auf jede Anfechtung dieses Vertrags wegen Irrtums und/oder Verkürzung über die Hälfte des wahren Wertes sowie aus jedem anderen Grund.
2. Die Projektentwicklerin nimmt zur Kenntnis, dass sich die Stadt Graz im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung einer automationsunterstützten Datenverarbeitungsanlage bedient und erteilt unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes i.d.g.F. bzw. DSGVO die Zustimmung, dass die Stadt Graz für die Erfüllung dieser Aufgaben personenbezogene Daten des Vertragspartners ermitteln, verarbeiten und übermitteln kann.
3. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags (einschließlich dieses Schriftformgebots) bedürfen der Schriftform. Die Vertragsparteien vereinbaren verbindlich, dass mündlichen Abreden erst durch schriftliche Befestigung Rechtswirkung zukommt.
4. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages nichtig, unwirksam oder undurchsetzbar sein, berührt dies nicht die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen. Die nichtige, unwirksame oder undurchsetzbare Bestimmung gilt automatisch als durch diejenige gültige, wirksame und durchsetzbare Bestimmung ersetzt, die dem von den Parteien mit der nichtigen, unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmung verfolgten Zweck am nächsten kommt.
5. Rechtswirksame Zustellungen der Vertragsparteien erfolgen an die eingangs genannten Adressen bzw. die zuletzt den Vertragsparteien schriftlich bekannt gegebenen Adressen. Wenn in diesem Vertrag von Zustellungen an die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung gesprochen wird, dann kann eine Zustellung auch direkt an die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, Europaplatz 20, 8011 Graz erfolgen.
6. Die diesem Vertrag angeschlossenen Beilagen bilden einen integrierenden Bestandteil des Vertrages. Der Vertrag wird in **2 Ausfertigungen** errichtet. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.

7. Sämtliche in diesem Vertrag angeführten Eurobeträge verstehen sich exklusive Umsatzsteuer.

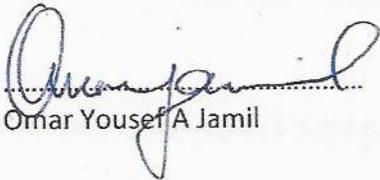
8. Für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird die ausschließliche Zuständigkeit des sachlich in Betracht kommenden Gerichts in Graz vereinbart.

Anlagen:

Anlage ./1: Konzept für die professionelle Mobilitätsberatung beim 06.25.1 Bebauungsplan

Anlage ./2: Evaluierungsrichtlinie zum Mobilitätsvertrag beim 06.25.1 Bebauungsplan

1. Für die SG20 Projektentwicklungs GmbH & Co KG, FN 462460 p


Omar Yousef A Jamil

Graz, am 12.03.2021

2. Für die Stadt Graz:

.....
Der Bürgermeister: Mag. Siegfried Nagl

Graz, am

.....
Gemeinderat/Gemeinderätin

Graz, am

.....
Gemeinderat/Gemeinderätin

Graz, am

Gefertigt aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom Datum:

Konzept für die professionelle Mobilitätsberatung beim 06.25.1 Bebauungsplan

Das Angebot der professionellen Mobilitätsberatung umfasst "Erste Mobilitätsberatung", "Dialogmarketing" und "Beratung durch die Mobilitätszentrale".

(A) ERSTE MOBILITÄTSBERATUNG:

Bei Erstbezug jeder Wohnung und/oder betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheit im Projektgebiet ist eine umfassende Information und Erstberatung der KäuferInnen/MieterInnen und Beschäftigten durch **Übergabe eines Basis-Informationspakets** vorzunehmen. Dieses Basis-Informationspaket beinhaltet relevante Informationen und Unterlagen zum Mobilitätsangebot in Graz, wie zB

- Info-Folder zur Mobilität allgemein (z.B. „Mobil in Graz“)
- Info-Broschüre zum öffentlichen Verkehr (z.B. „Bus und Bim von A bis Z“) und zu den Fahrpreisen (Verbund-Folder)
- Liniennetzplan Graz
- Info-Folder Car-Sharing
- Info-Folder Mobilitätszentrale
- Info Parken in Graz – z.B. Grüne und Blaue Zonen im Überblick
- Radkarte Graz
- Haltestellenfahrpläne der benachbarten Bus- und Tram-Haltestellen
- Hinweise zum richtigen Gebrauch der elektromobilen Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur
- Umgebungskarte mit Geschäften, Freizeit- und Bildungseinrichtungen sowie Gastronomie
- Info lokale Ausflüge, Spazierwege, Fahrradtouren

Die genauen Inhalte des Basis-Informationspaketes sind jeweils im Anlassfall mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, abzustimmen und an die aktuellen und lokalen Erfordernisse anzupassen; die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, stellt die jeweiligen Informationsunterlagen (Folder, Broschüren, etc) zur Verfügung. Dies kann auch in zeitgemäßer digitaler Form erfolgen.

(B) DIALOGMARKETING:

Ca. 3 bis 6 Monate nach Erstbezug einer Wohnung sind die Haushalte bzw. betrieblich/gewerblichen Nutzungseinheiten und Unternehmen **persönlich zu kontaktieren** (nach schriftliche Vorankündigung und/oder telefonischer Kontaktaufnahme bzw. im Zuge einer organisationsinternen Veranstaltung

für Studierende) und nach kurzer Befragung zu individuellen Interessen und zum Mobilitätsverhalten der NutzerInnen ist die Mobilitätsberatung als Serviceaktion vorzustellen. Dabei sollen folgende Unterlagen, wenn möglich persönlich, abgegeben werden:

- persönlicher Fahrplan
- Haltestellenfahrplan
- Liniennetzplan, lokaler Liniennetzplan Umgebung
- Tarifinfo
- Info zu Bewegung – aktiver Lebensstil generell
- Ausflugstipps rund um Graz
- Info zu Fuß Gehen – Grazer Sehenswürdigkeiten
- Stadtplan – Faltplan
- Radkarte
- Präventionsstrategien Fahrraddiebstahl
- Graz bewegt Flyer
- Information zum Car-Sharing
- Info über mögliches Bestellservice

Die Dialogmarketing Unterlagen sind jeweils im Anlassfall mit der Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung abzustimmen und an die aktuellen und lokalen Erfordernisse anzupassen; die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung, stellt die jeweiligen Informationsunterlagen (Folder, Broschüren, etc.) zur Verfügung. Dies kann auch in zeitgemäßer digitaler Form erfolgen.

(C) BERATUNG DURCH DIE MOBILITÄTSZENTRALE:

Für jeden weiteren persönlichen Beratungsbedarf wird auf das Beratungsangebot der Mobilitätszentrale des Verkehrsverbundes verwiesen.

Dieses Konzept ist als Grundlage zu verstehen und kann im Einvernehmen zwischen Stadt Graz und der Projektbetreiberin angepasst werden.

Stand: März 2021

Evaluierungsrichtlinie zum Mobilitätsvertrag beim 06.25.1 Bebauungsplan

Zur Evaluierung der Maßnahmen des Mobilitätsvertrages und der Maßnahmenumsetzung sind von der Projektbetreiberin **Evaluierungsberichte** zu erstellen. Diese dienen der umfassenden Dokumentation und Information an die Stadt Graz, Abteilung für Verkehrsplanung. In den Evaluierungsberichten sind die einzelnen Maßnahmen aufzulisten und zu beschreiben. Für jede einzelne Maßnahme ist anzuführen, wann sie umgesetzt wurde, wie sie umgesetzt wurde, und ob die Umsetzung gemäß den vertraglichen Vorgaben erfolgt ist. Entsprechende Nachweise (Plandarstellung, Fotodokumentation, etc.) sind den Evaluierungsberichten beizufügen. Darüber hinaus sind Angaben zu machen, ob die Umsetzung funktioniert. Wenn Mängel vorhanden sind, sind auch die allfällig notwendigen Verbesserungsmaßnahmen sowie Zeitplan und Zuständigkeiten für diese Verbesserungsmaßnahmen zu benennen.

Struktur und Mindestinhalte der Evaluierungsberichte:

1. Allgemein

- Angabe und kurze Beschreibung des Projektes
- Baubeginn und Fertigstellungstermin des Bauprojektes
- Datum der Evaluierung
- Daten des Ansprechpartners

2. Maßnahmen

2.1. Fußverkehr

2.1.1. Umsetzung der Vertragsvereinbarung A 8/4 – 039373/2018

- Wann erfolgte die Umsetzung?
- Kurze Beschreibung der Umsetzung, erfolgte die Umsetzung lt. den vertraglichen Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellungen, Fotodokumentation, etc.
- Anmerkungen:
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen zuständig

2.2. Radverkehr

2.2.1. Umsetzung der Vertragsvereinbarung A 8/4 – 039373/2018

of

- Wann erfolgte die Umsetzung?
- Kurze Beschreibung der Umsetzung, erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellungen, Fotodokumentation, ...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen zuständig

2.2.2. Fahrradabstellplätze

- Angabe der Anzahl der errichteten Fahrradabstellplätze
- Angaben zur Situierung der Fahrradabstellplätze
 - Wann erfolgte die Umsetzung?
 - Kurze Beschreibung der Umsetzung, erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellungen, Fotodokumentation, ...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen zuständig

2.2.3. Fahrradserviceaktion

- Wurden Fahrradserviceaktionen angeboten?
- Termine, an denen Fahrradserviceaktionen durchgeführt wurden
- Kurze Beschreibung der Umsetzung, erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Angabe allfälliger KooperationspartnerInnen
- Nachweis: Einladungsschreiben, Fotos,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.2.4. Fahrradservicestation

- Angabe der Anzahl der errichteten Fahrradservicestationen
- Angaben zur Situierung der Fahrradservicestationen
 - Wann erfolgte die Umsetzung?
 - Kurze Beschreibung der Umsetzung, erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellungen, Fotodokumentation, ...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?

- Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.3. KFZ-Verkehr

2.3.1. Errichtung / Umbau Zufahrt

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wie wurden die Errichtung einer Zufahrt bzw. der Umbau einer Zufahrt geplant?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellungen / Fotodokumentation
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.4. Elektromobilität

2.4.1. Vorbereitung / Ausstattung für E-Mobilität BesucherInnen- und KundInnenstellplätze

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wurden öffentlich zugängliche Ladesäulen für E-Mobilität geplant / errichtet?
 - Anzahl der öffentlich zugänglichen Ladesäulen für E-Mobilität
 - Wie wurden Vorkehrungen / Leerverrohrungen für Stromtankstellen getroffen?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.4.2. Vorbereitung / Ausstattung für E-Mobilität Motorrad- / Mopedabstellplätze

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wie wurden Lademöglichkeiten geplant / errichtet?
 - Wie viele wurden umgesetzt?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

01

2.4.3. Vorbereitung für E-Mobilität auf allen Stellplätzen

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wie wurden zukünftige Lademöglichkeiten geplant und hergestellt?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.5. Carsharing

2.5.1. Carsharing-System

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wie wurde das Carsharing-System vorgesehen und eingerichtet?
 - Anzahl Carsharing-Fahrzeuge?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.5.2. Carsharing-Stellplätze

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wo sind Carsharing-Stellplätze vorgesehen und eingerichtet?
 - Anzahl der Carsharing-Stellplätze?
 - Wie erfolgt die dauerhafte Sicherstellung?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.5.3. Carsharing-Beitrag

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Höhe des Beitrages
 - Wann wurde der Beitrag bezahlt?

- Ist eine alternative Umsetzung des Carsharing-Systems erfolgt?
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.6. Mobilitätsberatung

2.6.1. Infolder zum Mobilitätsangebot

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wurde ein Infolder mit den Informationen des Mobilitätsangebots für die NutzerInnen erstellt?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Folder
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.6.2. Erste Mobilitätsberatung

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wurde eine Mobilitätsberatung durchgeführt?
 - Wann, durch wen, in welcher Form?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Geeigneter Nachweis für die Mobilitätsberatung
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.6.3. Dialogmarketing

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wurde 3 bis 6 Monate nach Erstbezug Dialogmarketing angeboten?
 - Wann, durch wen, in welcher Form?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Geeignete Nachweis für das Dialogmarketing
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?

of

- Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.7. Öffentlicher Verkehr

2.7.1. Finanzierung von ÖV-Karten

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - ausschließlich im Haushaltsgefüge (max. 5 Personen) übertragbaren Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr, Zone 101
 - Wie viele Haushalte, NutzerInnen etc.?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis über das erfolgte Angebot bzw. dessen Annahme durch die ErstnutzerInnen
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.7.2. Elektronische Fahrplananzeigen

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wie viele elektronische Anzeigen für ÖV-Abfahrtszeiten wurden errichtet?
 - Wo wurden die Anzeigen errichtet?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?
 - Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen

2.8. Zustelldienste

2.8.1. Paketboxen

- Kurze Beschreibung der Umsetzung
 - Wo wurden wie viele Paketboxen errichtet?
 - Größe (Fassungsvermögen) der Paketboxen?
 - Von welchen Zustellern werden die Paketboxen genutzt?
- Erfolgte die Umsetzung lt. den Vorgaben?
- Nachweis: Plandarstellung, Fotodokumentation,...
- Anmerkungen
 - Funktioniert die Umsetzung?
 - Gibt es Mängel? Wenn ja, wie können diese ausgeräumt/verbessert werden?

of

- Bekanntgabe von Zuständigkeit und Zeitplan für allfällige Verbesserungsmaßnahmen